

Antrag

der Abgeordneten **Landbauer, Waldhäusl, Königsberger, Ing. Hussner,
Weiderbauer und Enzinger Msc.**

betreffend: **Neutralität - Negative Auswirkungen der Sanktionen gegen
Russland**

Die Ausweitung der Strafsanktionen gegen Russland steht in absolutem Widerspruch zum österreichischen Neutralitätsgesetz und bringt negative Auswirkungen auf die heimische sowie niederösterreichische Wirtschaft mit sich. Faktum ist, die Sanktionen gegen Russland werden an der österreichischen Wirtschaft nicht spurlos vorbeigehen. Die Unternehmen spüren die Auswirkungen bereits jetzt; viele russische Unternehmer, Investoren und Geschäftspartner sind verunsichert. Rund ein Viertel der Russland-Aufträge liegen bereits auf Eis oder wurden storniert, bestätigt die Leiterin des Russland-Fokusprogrammes Christina Ulrich. Einer jüngst veröffentlichten Wifo-Studie zu Folge sind 11.000 heimische Jobs gefährdet. Wirtschaftsforscher haben berechnet, dass die EU-Russlandsanktionen mit entsprechenden Gegenmaßnahmen Österreich einen volkswirtschaftlichen Schaden von 775 Millionen Euro bescheren könnten. Vizekanzler Mitterlehner sprach unlängst sogar von 55.000 gefährdeten Arbeitsplätzen. Sogar Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl kritisierte das Vorgehen der EU sowie der österreichischen Bundesregierung scharf.

Dem hinzu steht das Verhalten der Bundesregierung in absolutem Widerspruch zu unserer immerwährenden Neutralität. Österreich hat sich 1955 mit dem Staatsvertrag zu immerwährender Neutralität verpflichtet. Umso mehr ist es besorgniserregend, wie die österreichischen Regierungsvertreter diese aushöhlen.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

A n t r a g

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Der Landtag spricht sich für die bedingungslose Einhaltung der Neutralität und gegen Sanktionen aus.
2. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert:
 - a) Alles erdenklich Mögliche zu unternehmen, um den Wirtschaftsstandort Niederösterreich zu stärken und eine Jobgarantie für heimische Arbeitskräfte und Unternehmer, die durch die oben dargelegte Causa betroffen sein könnten, sicherzustellen.
 - b) Die Bundesregierung aufzufordern, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Sanktionen Österreichs gegen Russland zu revidieren und an der Österreichischen Neutralität festzuhalten sowie Arbeitsplätze zu sichern.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 16. Oktober 2014 möglich ist.